



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Bau
am 19. September 2023
Rathaus, Raum 318 (3. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

Vorsitz :

Christa Gabriel (SPD)

Anwesende Ausschussmitglieder:

siehe Anlage 1

Ferner anwesend:

siehe Anlage 2

Tagesordnung:

siehe Anlage 3

Veröffentlichung:

siehe Anlage 4

Beginn (öffentlicher Teil): 17:03 Uhr

Ende: 20:24 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenlisten zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten (DL Nrn. 18/23, 19/23, 20/23)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigefügt.

Die Sitzung ist gemäß § 88 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt die Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Öffentliche Sitzung

Stv. Prof. Bretzke vertreten durch Stv. Küpper
Stv. Kienast-Dittrich nicht anwesend; somit ist die Fraktion BLW/ULW/BIG nicht vertreten
Stv. Offermanns vertreten durch Stv. Giesa
Stv. Woitschell anwesend bis Tagesordnungspunkt 3/I

Die Niederschrift erfolgt in der Reihenfolge der Einladung zur Sitzung.

Tagesordnung I

0079 Tagesordnung

Der Tagesordnung wird unter Berücksichtigung der folgenden Änderung zugestimmt:

Es werden auf Antrag der FDP-Fraktion die folgenden Tagesordnungspunkte der Tagesordnung II auf die Tagesordnung I umgesetzt:

- 3/II Förderprogramm zur Anpassung von Städten und Gemeinden an den Klimawandel; Bericht des Dezernates II vom 18.08.2023
- 9/II Umsetzungskonzept für die Einführung "Leitlinien Nachhaltiges Bauen" der Landeshauptstadt Wiesbaden zum wirtschaftlichen und ökologisch nachhaltigem Bauen und Sanieren von Gebäuden mit besonderer Funktion in Wiesbaden (23-V-64-0002); hierzu ebenso Vorstellung durch Dezernat V/Hochbauamt

Im Übrigen bleibt die Tagesordnung unverändert.

Einstimmig

0080 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Bau am 04.07.2023

Einstimmig **genehmigt**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0081 Nachhaltige Stadtentwicklung, Experimentierraum 5 - Lebensraum Straße
- Vorstellung des Stadtplanungsamtes -

Protokollnotiz:

Frau Sehr (61), Frau Nothof (61), Frau Kucera (61) und Herr Schöffner (66) sind hierzu anwesend.

Frau Sehr präsentiert dem Ausschuss die Planungen eines nachhaltigen Umbaus des Experimentierraumes V (Innenstadt) - Lebensraum Straße.

Der Experimentierraum soll als Modellprojekt für eine nachhaltige und klimaresistente Stadtentwicklung dienen. Mittels Freiraum- sowie Verkehrsplanung und Wasserwirtschaft liegt der Schwerpunkt auf der Umgestaltung multifunktionaler Mobilitätsräume in Gründerzeitquartieren zu Lebensräumen mit hoher Aufenthaltsqualität.

Stv. Jacobs fragt, inwieweit direkte Dialogformate mit den Eigentümern/Anwohnenden/Hausbesitzenden ein Teil des Modellprojektes sind. Er weist in dem Zusammenhang auf die zu Parkraum umgebauten Vorgärten hin.

Frau Sehr entgegnet, dass die Stadt nur Einfluss auf den öffentlichen Raum habe und verweist auf die Vorgartensatzung. Frau Nothof erläutert, dass im Prozess keine Gespräche mit Betroffenen angedacht sind. Man erhoffe sich mit der Gestaltung des Modellprojektes einen positiven Impuls für weniger Flächenversiegelung und dass dieser Effekt bei Privatgrundstücken angestoßen wird. Betr. die Parkraumthematik stellt man sich die Frage nach Übergangslösungen, wie in etwa in der Ausgestaltung der anliegenden Parkhäuser oder in der Anpassung des Parkraumbewirtschaftungskonzeptes.

Stv. Küpper teilt mit, dass es betr. die Überarbeitung der Vorgartensatzung in der Vergangenheit konkrete Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung gab, die für die Zukunft eine eindeutigere Regelung und damit einhergehend leichtere Kontrollmöglichkeit schaffen sollten. Sie bittet um einen aktuellen Sachstandsbericht.

Stv. Jacobs appelliert an den Magistrat, in dem Modellprojekt einen direkten Dialog mit den Eigentümern vorzusehen und ggf. über ein Anreizsystem zur Rückwandlung der Parkflächen in Vorgärten nachzudenken.

Er bittet im Hinblick auf die Möblierung und Gestaltung des Straßenquerschnitts etc., die historischen Belange und den Denkmalschutz in besonderem Maße zu berücksichtigen, um den überwiegend historischen Stadtraum ansprechend zu gestalten.

Einstimmig (**Kenntnisnahme**)

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0082 23-F-63-0016

Zollspeicher Biebrich

- Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und Volt vom 19.01.2023 -
- Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Bau vom 14.03.2023 (BP 0016) -

Protokollnotiz:

Frau von Preuschen (Landesamt für Denkmalpflege), Herr Horsten (63), Herr Huber (23) sowie Herr Frank (SEG) sind zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

Frau von Preuschen berichtet dem Ausschuss, dass das Gutachten zum Zollspeicherensemble als Kulturdenkmal zu dem Ergebnis kommt, dass die Denkmalsbegründung auf den ehemaligen Verwaltungstrakt aus 1846 reduziert wird. Die Voraussetzung einer überregionalen Bedeutung der erhaltenswerten Anlagen und habe im Vergleich zu anderen Rheinhäfen nicht ausgereicht.

Herr Horsten präsentiert dem Ausschuss einige Ideen für die zukünftige Entwicklung und Nutzung des Zollspeichers und der Freiflächen. Diese wurden in Rahmen eines Kooperationsprojektes mit der Hochschule Kaiserslautern (FB Architektur) erarbeitet.

Der Vorschlag der Fachverwaltung wäre, ein Fachgremium aufzubauen, in dem alle Entscheidungsträger/Projektentwickler workshopartig die genaue Ausgestaltung des Projekts gemeinsam auf den Weg bringen.

Stv. Jacobs bittet den Magistrat um eine zeitnahe Grundsatzentscheidung, wie das Ensemble gestaltet und dem öffentlichen Raum zugeführt werden soll. Anschließend sollen alle Anlieger und Interessierten in den Prozess miteinbezogen werden.

Stadtrat Kowol bekräftigt eine schnelle Entscheidungsfindung auch vor dem Hintergrund der Historie des Objekts und der Herstellung Außenflächen. Am Ende soll eine zusammenhängende Rheinuferpromenade geschaffen werden.

Stellv. Vorsitzende Andes-Müller plädiert nach Vorlage der Gestaltungsideen für eine Umnutzung des Areals und bittet, dieses ebenfalls in den Planungen zum Rhein.Main.Ufer-Konzept mitzudenken, sowie die Empfehlungen des Gestaltungs- und Denkmalbeirates zu berücksichtigen.

Ferner wird für den nächsten Sommer eine wiederholte Zwischennutzung durch verschiedenste Akteure (vgl. Container Robert-Krekel-Anlage) oder das Bespielen der Flächen mit Kulturinitiativen gewünscht.

Stv. Schob lobt die Ideen der Führungen und unterstreicht die Einbeziehung des Ortsbeirates und der Anwohnerschaft durch öffentlichen Veranstaltungen, um eine breite öffentliche Unterstützung zu schaffen.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Sie fragt, ob es möglich wäre, eine zielgerichtete Gegenüberstellung des Zeit- und Kostenhorizontes zu erstellen.

Vorsitzende Gabriel schlägt die folgende Beschlussfassung vor:

1. Die Präsentation der Bauaufsicht in Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Denkmalpflege wird zur Kenntnis genommen. Der Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, SPD, FDP, Die Linke und Volt vom 31.01.2023 ist erledigt.
2. Der Magistrat wird gebeten,
 - a. den zuständigen Ortsbeirat in seiner Sitzung am 10.10.2023 über den aktuellen Sachstand zu informieren.
 - b. eine Infoveranstaltung für interessierte Bürgerinnen und Bürger anzubieten.
3. Der Vorgang wird zu gegebener Zeit erneut aufgerufen.

Einstimmig **angenommen**

0083 23-F-63-0094

Bauland-Spekulation erschweren - Grundlagen der Erhebung der Grundsteuer C
- Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und Volt vom 13.09.2023 -

gegen FDP **angenommen**

0084 23-F-10-0005

Gebäudesanierung in der LHW nach Vorgabe des geplanten novellierten Gebäudeenergiegesetzes
- Antrag der AfD-Fraktion vom 10.05.2023 -
- Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 17.05.2023 (BP 0205) -

Protokollnotiz:

Stv. Küpper berichtet, dass im Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie bereits in Januar und Juni bereits ausführlich zu den Themen Wärmebedarfe/Wärmeplanung, Sanierung etc. berichtet wurde.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Die Stadt Wiesbaden hat es sich zum Ziel gesetzt, bis 2035 klimaneutral zu werden und mit diesem Beschluss klar definiert, nicht nur Heizungen zu sanieren, Gebäude und Fenster zu dämmen, sondern bis Ende des Jahres bei den städtischen Liegenschaften Energiebedarfe und Einsparpotenziale dahingehend zu analysieren. Die Stadt sei ferner in die Wärmeplanung von ESWE eingebunden, die u. a. den Austausch von Öl- und Gasheizungen und die Anbindung von Gebäuden an die verschiedensten Wärmequellen (Geothermie, Fern-/Abwärme) vorsieht.

Stadtrat Kowol erinnert ebenfalls an die Vielzahl der Beschlüsse, die diesbezüglich auf den Weg gebracht wurden. Die 350 Liegenschaften des Hochbauamts werden an die Erfordernisse des GEG angepasst. Er sagt zu, den betroffenen Ausschüssen regelmäßig über die Fortschritte betr. die Klimaschutzbemühungen der energetischen Ertüchtigung der städtischen Liegenschaften zu berichten.

Stv. Küpper beantragt, den Antrag durch Aussprache für erledigt zu erklären.

gegen AfD **durch Aussprache erledigt**

0085

23-V-61-0029

Aufhebung eines nicht weiterzuführenden Bebauungsplanverfahrens
Bebauungsplanentwurf "Nauroder Straße" im Ortsbezirk Bierstadt - Aufhebungsbeschluss

Einstimmig

0086

23-V-61-0030

Aufhebung eines nicht weiterzuführenden Bebauungsplanverfahrens
Bebauungsplanentwurf "Bierstadter Berg" - Aufhebungsbeschluss

Einstimmig

0087

Verschiedenes

(keine Redebeiträge)

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Tagesordnung II

0088 23-F-16-0010

Zusammenlegung des BKA-Standortes in Wiesbaden
- Antrag der Fraktion BLW/ULW/BIG vom 27.06.2023 -
- Bericht des Dezernates I vom 14.08.2023 -

Einstimmig (**Kenntnisnahme**)

0089 23-F-63-0074

Denkmalschutz und Sanierung von denkmalgeschützten Gebäuden
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 09.05.2023
zu 22-F-05-0008 -
- Bericht des Dezernates II vom 18.08.2023 -

Einstimmig (**Kenntnisnahme**)

0090 23-F-63-0084

Förderprogramm zur Anpassung von Städten und Gemeinden an den Klimawandel
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 21.06.2023 -
- Bericht des Dezernates II vom 18.08.2023 -

Der Tagesordnungspunkt wird auf Antrag der FDP-Fraktion auf die Tagesordnung I
umgesetzt.

Protokollnotiz:

Stv. Schob fragt nach dem Sachstand der Bewerbung zur Neugestaltung des Elsässer
Platzes und ob hier bereits auf den Fördertopf zugegriffen wurde.

Herr Lotz (Dezernat II) teilt hierzu mit, dass sich die Unterlagen gerade noch in der
Finalisierung befinden und die Bewerbung bis zum Ende der Bewerbungsfrist eingebracht
werden wird.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Stadtrat Kowol berichtet darüber hinaus, dass die Planungen der Grünfläche des Elsässer Platzes für eine parkähnliche Nutzung laufen und das Förderprogramm für die Gestaltung erneut angezapft werde. Baumaßnahmen könnten ab 2025 erfolgen. Die Gestaltungen der nordwestlichen Flächen sind aus dem Ideenwettbewerb entstanden; die Beplanung ist hier noch zurückgestellt.

Stv Schob erkundigt sich ferner nach der Förderfähigkeit der Schulhöfe und regt an, die Schülerschaft an der Gestaltung miteinzubeziehen. Bei Pocket Parks könne die Stadt über eine (quartiersbezogene) Bürgerbeteiligung nachdenken und bei den Maßnahmen ebenfalls den Fördertopf anzapfen.

Einstimmig (Kenntnisnahme)

0091 23-V-01-0016

Sanierung Walhalla - kommunale Komplementärfinanzierung zum Förderprogramm "Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend, und Kultur"

Enthaltung CDU und FDP, gegen AfD

0092 23-V-06-0001

Neubau Moritz-Lang-Haus

Einstimmig

0093 23-V-37-0005

Betreuungsplätze für die Wiesbadener Bevölkerung im Krisen-/Katastrophenfall, Grundsatzvorlage zur Ertüchtigung städtischer Gebäude

Einstimmig

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0094 23-V-41-0015

Planungskosten Umbau kuenstlerhaus43

gegen AfD

0095 23-V-61-0044

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gestaltungs- und Denkmalbeirates vom 21. Juni 2023

Bei Enthaltung der AfD **zur Kenntnis genommen**

0096 23-V-64-0002

Umsetzungskonzept für die Einführung "Leitlinien Nachhaltiges Bauen" der Landeshauptstadt Wiesbaden zum wirtschaftlichen und ökologisch nachhaltigem Bauen und Sanieren von Gebäuden mit besonderer Funktion in Wiesbaden

Der Tagesordnungspunkt wird auf Antrag des Dezernates V sowie der FDP-Fraktion auf die Tagesordnung I umgesetzt.

Protokollnotiz:

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Kruszynski (64) anwesend und präsentiert dem Ausschuss das Leitbild „Nachhaltiges Bauen der Stadt Wiesbaden“.

Für das wirtschaftliche und ökologisch nachhaltige Bauen und Sanieren von Gebäuden mit besonderer Funktion wird ein auf Wiesbaden angepasstes Bewertungssystem gewählt. Dieses basiert auf dem vom Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) veröffentlichte Instrument.

Stv. Schob fragt, weshalb man das bestehende Bewertungssystem des Bundes, welches sich als flexibel und erprobt erwiesen hat, nicht auch in Wiesbaden anwendet.

Herr Kruszynski entgegnet, dass die Anhebung des Gesamterfüllungsgrades notwendig für eine entsprechende Bezuschussung sei. Ein etwaiger entstehender Mehraufwand sei zum jetzigen Zeitpunkt schwer zu beziffern. Man betreibe derzeit die ersten Pilotprojekte und beobachte den Prozess.

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Auf die Nachfrage von Stv. Weber zum Fördermittelmanagement führt Herr Kruszynski aus, dass man auf bereits bestehende Fördermittelmanager zurückgreife, da diese bereits in den frühen Projektphasen miteinbezogen werden müssen und man aus dem Erfahrungsschatz lernen könne.

Stellv. Vorsitzende Andes-Müller betont, dass es wichtig sei, als System ein allgemeines und transparentes Regelwerk für alle Planerinnen und Planern zu wählen. Um die Ziele der Klimaneutralität zu erreichen sei dies eine sehr gute Grundlage. Sie bedankt sich für die Arbeit der übergreifenden AG, die dieses Leitbild entwickeln und vorantreiben.

Protokollnotiz der CDU-Fraktion:

„Die CDU-Fraktion lehnt die Vorlage ab. Das Umsetzungskonzept wirkt sowohl dem Bestreben nach Bürokratieabbau im Bausektor entgegen als auch baukostensteigernd.“

gegen CDU, FDP und AfD

Tagesordnung II - nichtöffentliche Vorlagen

0097 23-V-61-0043

Niederschrift über die nicht-öffentliche Sitzung des Gestaltungs- und Denkmalbeirates vom 21. Juni 2023

Einstimmig (**Kenntnisnahme**)

Seite 11 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Bau
am 19. September 2023

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Anlagen

Wiesbaden, .09.2023

Vorsitzende

Christa Gabriel

Schriftführerin

Gabriella Wenzel